

MONITOR

WAHL- UND SOZIALFORSCHUNG

Landtagswahl in Sachsen-Anhalt am 6. Juni 2021

Vorläufiges Ergebnis

Viola Neu und Sabine Pokorny

- › Die CDU gewinnt 7,4 Punkte hinzu und kommt auf 37,1 Prozent. Sie dominiert die Parteienlandschaft in Sachsen-Anhalt.
- › Vor allem der Amtsbonus von Ministerpräsident Reiner Haseloff spielt eine entscheidende Rolle. Er kann in allen Anhängerschaften punkten und die Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten der anderen Parteien hatten keinen Einfluss auf den Wahlausgang.
- › Die CDU profitiert von der ihr zugesprochenen Problemlösungskompetenz in den wichtigsten politischen Themen.
- › Die FDP zieht nach zehn Jahren wieder in Landtag ein.
- › Die AfD verliert in der vierten Landtagswahl in Folge seit 2020, bleibt aber dennoch klar zweitstärkste Kraft.
- › Die Grünen gewinnen geringfügig hinzu und bleiben hinter den Erwartungen zurück. Vor allem das Thema Klimaschutz ist für die Wahlentscheidung der Sachsen-Anhalter von geringer Bedeutung.

Inhaltsverzeichnis

Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2021 **3**

- 1. Das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt 3
- 2. Wesentliche Bestimmung der Wahlgründe 4
- 3. Sozialstruktur und Wählerwanderung..... 7

Impressum **10**

- Die Autorinnen..... 10

Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 2021

1. Das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt

Die Wählerschaft in Sachsen-Anhalt ist für ihre Volatilität bekannt. Sowohl in der Wahlbeteiligung als auch in den Zweitstimmenanteilen der Parteien sind Veränderungen im zweistelligen Prozentbereich nicht ungewöhnlich. Daran gemessen fallen die Veränderungen der Landtagswahl 2021 im Vergleich zu 2016 nicht ungewöhnlich hoch aus.¹

Die **CDU** kann im Vergleich zu 2016 um 7,4 Prozentpunkte zulegen und wird mit 37,1 Prozent erneut stärkste Partei. Damit erzielt die CDU nach 1990 (39,0 Prozent) und 2002 (37,3 Prozent) ihr drittbestes Ergebnis in Sachsen-Anhalt. Sie kann 60.669 Stimmen hinzugewinnen und wird von 394.808 Wählerinnen und Wählern gewählt. Die CDU erhält 40 Mandate, die alle direkt gewonnen werden. Das ist ein Plus von 10 Mandaten insgesamt und von 13 Direktmandaten. Damit gehen bis auf einen Wahlkreis alle anderen Direktmandate an die CDU. Das beste Wahlkreisergebnis erzielt Reiner Haseloff mit 53,9 Prozent im Wahlkreis Wittenberg.

Zweitstärkste Partei wird die **AfD**, die 3,4 Punkte verliert und 20,8 Prozent erzielt. Die AfD verliert 50.998 Wählerinnen und Wähler und erhält 221.498 Stimmen. Sie wird mit 23 Abgeordneten im Landtag vertreten sein, davon ist einer direkt gewählt. Damit verliert die AfD insgesamt 2 Mandate und kann 14 Direktmandate weniger gewinnen. Einzig im Wahlkreis Zeitz liegt die AfD mit 27,1 Prozent der Erststimmen knapp vor der CDU (26,1 Prozent).

Die **Linke** verliert nach deutlichen Verlusten 2016 dieses Mal 5,3 Punkte und erzielt mit 11,0 Prozent ihr historisch schlechtestes Ergebnis in Sachsen-Anhalt. Sie verliert 66.388 Stimmen und wird von 116.902 Wählerinnen und Wählern gewählt. Die Linke erhält 12 Mandate, von denen keines direkt gewählt ist. Im Vergleich zu 2016 verliert die Linke damit 4 Mandate einschließlich ihres einzigen Direktmandates, das nun die CDU holt.

Auch die **SPD** verliert erneut und fährt ihr historisch schlechtestes Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt ein. Die SPD verzeichnet Verluste von 2,2 Punkten und erzielt 8,4 Prozent der Stimmen. Damit wird sie zum ersten Mal in Sachsen-Anhalt nur noch einstellig. Die SPD verliert 29.893 Wählerinnen und Wähler und erhält 89.475 Stimmen. Sie wird mit 9 Abgeordneten im Landtag vertreten sein (-2).

Nachdem die **FDP** 2016 nur knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert ist, schafft sie 2021 nach zwei Legislaturperioden in der außerparlamentarischen Opposition zum vierten Mal seit 1990 den Einzug in den Landtag von Sachsen-Anhalt. Die FDP gewinnt 1,6 Punkte hinzu und erzielt 6,4 Prozent. Sie kann 68.305 Wählerinnen und Wähler von sich überzeugen, das ist ein Plus von 13.740 Stimmen. Die FDP kann 7 Mandate gewinnen.

Die **Grünen** sind zum fünften Mal im Landtag von Sachsen-Anhalt vertreten. Sie erzielen mit 5,9 Prozent (+0,8 Punkte) zwar ihr zweitbestes Ergebnis in Sachsen-Anhalt, sind aber die schwächste im Landtag vertretene Partei. Die Grünen gewinnen 4.939 Wählerinnen und Wähler hinzu und erzielen 63.148 Stimmen. Sie entsenden 6 Abgeordnete in den Landtag (+1).

Unter den **sonstigen Parteien** schaffen es die Freien Wähler auf 3,1 Prozent (+1,0 Punkte). Auch die Partei die Basis (1,5 Prozent) sowie die Tierschutzpartei (1,4 Prozent) nehmen an der Wahlkampfkostenerstattung teil. Deutliche Verluste verzeichnet die NPD, die mit -1,6 Punkten nur noch 0,3 Prozent erzielt.

Die **Wahlbeteiligung** liegt bei 60,3 Prozent und ist damit im Vergleich zur Vorwahl leicht gesunken (-0,8 Punkte).

2. Wesentliche Bestimmung der Wahlgründe

Die dritte Landtagswahl vor der Bundestagswahl im September 2021 folgt einem Muster, das schon lange den Ausgang von Wahlen prägt. So hat die Popularität der bisherigen Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten einen erheblichen Einfluss auf das Wahlergebnis. Auch bei dieser Wahl hat die Unterstützung des Ministerpräsidenten und Spitzenkandidaten der CDU, Reiner Haseloff, einen wesentlichen Anteil an den Zugewinnen der CDU. Er hat seine Werte im Vergleich zur Vorwahl nicht nur verbessert, auch die Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten der anderen Parteien drangen nicht durch und erhielten durchweg sehr schwache Bewertungen. Dabei ist es ihm zusätzlich gelungen, in allen Anhängerschaften ein hohes Maß an Akzeptanz zu gewinnen, selbst in den Anhängerschaften der Linken, die den Amtsinhaberinnen und den Amtsinhabern der Christdemokraten traditionell eher reserviert gegenüberstehen, und der AfD, die Politikerinnen und Politiker generell ablehnen oder sehr reserviert gegenüberstehen.

82 Prozent der Sachsen-Anhalter sagen, dass Reiner Haseloff seine Sache gut machen würde. Dies ist im Vergleich zur Vorwahl ein Plus von 20 Punkten. In der Anhängerschaft der CDU sehen dies 98 Prozent, bei der AfD 66, der Linken 77, der SPD 87, den Grünen 76 und der FDP 82 Prozent. Fast immer gibt es deutliche Unterschiede in der Bewertung der Kandidaten in den unterschiedlichen Anhängerschaften. Auch im Vergleich mit anderen Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten erzielt er sehr hohe Werte. In den letzten Wahlen liegt er an der Spitze der Bewertungen (Forschungsgruppe Wahlen), gefolgt von Winfried Kretschmann, Peter Tschentscher, Michael Kretschmer und Malu Dreyer (Forschungsgruppe Wahlen). In einem längerfristigen Trend haben noch andere Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten sehr gut abgeschnitten (z.B. Annegret Kramp-Karrenbauer oder Bodo Ramelow; Infratest dimap). Alle anderen erhobenen Daten der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap gehen in die gleiche Richtung und werden daher hier nicht gesondert beschrieben².

Gefragt, ob er im Vergleich zu dem Kandidaten der AfD als Ministerpräsident bevorzugt würde, entscheiden sich 63 Prozent für Haseloff und 10 Prozent für Oliver Kirchner von der AfD. Für alle anderen Spitzenkandidatinnen und Spitzenkandidaten wurde die Frage nicht erhoben, da die anderen Parteien in den Umfragen weit hinter CDU und AfD lagen. Ca. acht von zehn Wählerinnen und Wähler attestieren ihm, er sei sympathisch, glaubwürdig und verfüge über Sachverstand. Ca. sechs von zehn Wählerinnen und Wähler kannten den Spitzenkandidaten der AfD und die Spitzenkandidatin der Linken nicht (Forschungsgruppe Wahlen). Bei der Vorwahl konnten Wulf Gallert (Linke) und Katrin Budde (SPD) mit Werten von jeweils 34 Prozent bei der Zufriedenheit noch auf eine geringe Akzeptanz bauen. Bei dieser Landtagswahl wird das Bewerberfeld hingegen ausschließlich vom Amtsinhaber dominiert (Forschungsgruppe Wahlen). Keine Spitzenkandidatin und kein Spitzenkandidat einer anderen Partei (außer der CDU) erhält einen höheren Zufriedenheitswert als 19 Prozent (Eva von Angern, Linke, Cornelia Lüddemann, Grüne, und Katja Pähle, SPD, 18 Prozent, Lydia Hüskens, FDP, 14 Prozent und Oliver Kirchner, AfD, 13 Prozent) (Infratest dimap).

Auch die Themenpräferenzen und die Problemlösungskompetenzen stärken die Position der CDU. In Sachsen-Anhalt dominierte erneut ein bundespolitisches Oberthema, welches landespolitische Themen in den Hintergrund drängt. 2021 steht die Pandemie und 2016 die Flüchtlingskrise am ersten Platz der politischen Probleme. Allerdings bewegte 2011 – im Unterschied zu Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg³ – die Katastrophe in Fukushima die Sachsen-Anhalter wenig.

Das wichtigste Thema in Sachsen-Anhalt ist, wie auch in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, die Corona-Pandemie mit 31 Prozent der Nennungen. Doch ist dies weniger prägend wie 2016 die Flüchtlingspolitik, die von 54 Prozent genannt wurde. An zweiter Stelle folgt die Schul- und Bildungspolitik (18 Prozent). Dann folgen die Themen Infrastruktur (15 Prozent), Arbeitslosigkeit (14 Prozent) und die Wirtschaftslage mit 11 Prozent. Damit sind wirtschaftliche Themen nach wie vor von hoher Bedeutung. Gleichmaßen ist die Arbeitslosigkeit nicht mehr so dominant wie bei den vorherigen Wahlen. Zuletzt 2016 nannten noch 28 Prozent das Thema Arbeitslosigkeit.

Die CDU kann in diesen Themenfeldern einen klaren Kompetenzvorsprung verzeichnen. 40 Prozent trauen der CDU die Kompetenz im Bereich Pandemie, 46 Prozent in der Wirtschaftspolitik, 43 Prozent bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und 33 Prozent im Bereich Infrastruktur die Lösung der Aufgaben zu. 65 Prozent der Sachsen-Anhalter sind zudem mit dem Krisenmanagement der Landesregierung in der Pandemie zufrieden. Allen anderen Parteien wird nur von Minderheiten eine Problemlösungskompetenz zugesprochen. Den Grünen wird zwar von 30 Prozent eine Kompetenz im Bereich Klimapolitik zugesprochen, doch ist dieser Wert vergleichsweise niedrig. In Baden-Württemberg sprachen 60 Prozent der Befragten den Grünen die Lösungskompetenz in der Klimapolitik zu. Gleichzeitig nennen nur 8 Prozent der Befragten die Klimapolitik als wichtigstes Thema. In Baden-Württemberg lag dieser Wert bei 21 Prozent. Auch SPD und Linke haben selbst in ihren traditionellen Themen nur eine schwache Kompetenz. Die Linke wird von 20 Prozent beim Thema Sorgen/Nöte der Ostdeutschen genannt, 18 Prozent nennen die Partei beim Thema soziale Gerechtigkeit, bei dem die SPD von 20 Prozent genannt wird (Forschungsgruppe Wahlen).

In der wahlentscheidenden Frage nach der Zukunftskompetenz geben 40 Prozent an, die CDU könne am ehesten die Probleme der Zukunft lösen. Alle anderen Parteien erhalten Nennungen zwischen 4 und 9 Prozent (Forschungsgruppe Wahlen).

Vor allem am Ende des Wahlkampfes entwickelte sich medial eine Debatte über eine mögliche Kooperation der CDU mit der AfD. Ministerpräsident Haseloff hat eine Zusammenarbeit stets eindeutig verneint. 69 Prozent aller Befragten finden es richtig, dass Haseloff eine Zusammenarbeit ausgeschlossen hat. Dies teilt die Mehrheit aller Anhängerschaften außer der AfD. So finden 91 Prozent der CDU-, 93 Prozent der Linken-, 89 Prozent der SPD-, 96 Prozent der Grünen- und 66 Prozent der FDP-Anhängerschaft diese Entscheidung für richtig. Lediglich bei der AfD-Anhängerschaft stimmen 10 Prozent zu. 68 Prozent aller Befragten sehen rechtsextrêmes Gedankengut in der AfD verbreitet, darunter selbst 27 Prozent der AfD-Anhängerinnen und -Anhänger (Forschungsgruppe Wahlen).

Außer bei der Ablehnung einer Koalition mit der AfD unterscheiden sich Koalitionspräferenzen nur geringfügig. Eine neue Koalition aus CDU, SPD und FDP erreicht mit 40 Prozent die größte Zustimmung (bei einer Zustimmung von 56 Prozent der CDU-Anhänger), die Fortsetzung der bisherigen Kenia-Koalition aus CDU, SPD und Grünen bewerten 32 Prozent positiv (darunter 46 Prozent in der CDU-Anhängerschaft). Die sogenannte Jamaika-Koalition aus CDU, Grünen und

FDP finden 20 Prozent gut (in der CDU-Anhängerschaft sind es 29 Prozent) (Forschungsgruppe Wahlen).

Die Grünen sind die einzige Regierungspartei, die auf negative Werte kommt. Während die CDU als Partei auf einen Wert von 2,0 und die SPD auf 1,0 kommen, werden die Grünen mit -0,7 negativ bewertet (auf einer von +5 bis -5 reichenden Skala). Auch die Bewertung der Regierungsarbeit ist mit diesen Werten vergleichbar (Forschungsgruppe Wahlen).

Auch in Sachsen-Anhalt hat die Bundespolitik einen zu vernachlässigenden Anteil an der Wahlentscheidung. 55 Prozent geben an, aufgrund der Politik im Land die Wahlentscheidung zu treffen (2016: 49 Prozent) (Forschungsgruppe Wahlen).

Im Vorfeld der Wahl tendieren die politischen Trends entweder unverändert oder zeigen eine Verbesserung. Verbessert gegenüber der Vorwahl hat sich die Zufriedenheit mit der Landesregierung. 54 Prozent (+10 Punkte) sind mit der Landesregierung zufrieden. Wie 2016 bewerten 47 Prozent die wirtschaftliche Lage des Landes als sehr gut/gut. Auch die persönliche wirtschaftliche Situation wird fast genauso wie 2016 bewertet. So sehen 74 Prozent (+2 Punkte gegenüber 2016) ihre eigene wirtschaftliche Situation als sehr gut/gut (Infratest dimap).

Finanzielle Auswirkungen der Pandemie spürt etwa ein Fünftel der Sachsen-Anhalter, für die überwiegende Mehrheit gibt es hingegen keine oder positive Veränderungen bei der Einkommenssituation. Gefragt, ob sich die persönliche Einkommenssituation seit Ausbruch der Corona-Pandemie verändert hat, sagen 66 Prozent, dass es keine Veränderungen geben würde. 1 Prozent gibt deutliche Erhöhungen und weitere 11 Prozent leichte Erhöhungen des verfügbaren Einkommens an. Dem stehen 12 Prozent gegenüber, die sagen, ihr Einkommen hätte sich etwas verringert und 9 Prozent, die angeben, ihr Einkommen hätte sich deutlich verringert. Vor allem bei niedrigem Einkommen von weniger als 1.500 € im Monat sagen mit 18 Prozent, ihr Einkommen hätte sich deutlich verringert (Infratest dimap).

Im Vorfeld sorgten Umfragen von Insa für Schlagzeilen. Danach wäre es möglich gewesen, dass die AfD besser als die CDU abschneidet oder beide Parteien fast gleichauf liegen. In den Daten der Forschungsgruppe Wahlen bestand jedoch ein Vorsprung von 6-7 Punkten der CDU vor der AfD und bei Infratest dimap lag der Vorsprung bei 4 Punkten.⁴

Vergleicht man die Rolle der Kandidatinnen und Kandidaten, der Programme und der langfristigen Bindungen sowie Protestwahlmotive miteinander, zeigt sich erneut die große Bedeutung des Ministerpräsidenten für das Abschneiden der **CDU**. Mit einem Plus von 13 Punkten sagen 39 Prozent der CDU-Wählerinnen und -Wähler sie haben wegen des Kandidaten die Partei gewählt. Weitere 35 Prozent nennen das Programm und 20 Prozent betonen ihre Bindung an die Partei. 69 Prozent unterstützen die Partei aus Überzeugung (Infratest dimap)

Bei der **AfD** nennt die Mehrheit von 71 Prozent das Programm der Partei. Der Kandidat und eine Parteibindung spielen keine Rolle (Kandidat 13 Prozent, +5 Punkte; Bindung 8 Prozent). Verändert haben sich hingegen grundlegende Wahlmotive. 44 Prozent geben an, die AfD aus Überzeugung gewählt zu haben. Dies ist ein Zuwachs um 17 Punkte. 49 Prozent sagen 2021, sie hätten die AfD aus Enttäuschung unterstützt. Damit hat sich das klare Protestwahlverhalten verändert. Überzeugung und Enttäuschung halten sich mittlerweile die Waage (Infratest dimap).

Die **Linke** kann vor allem programmatisch ihre Wählerinnen und Wähler überzeugen. 61 Prozent nennen das Programm, 21 Prozent eine Bindung an die Partei und 13 Prozent die Kandidatin.

61 Prozent wählen die Partei aus Überzeugung. Diese Werte sind weitgehend gegenüber der Vorwahl stabil (Infratest dimap).

Die **SPD**-Wählerschaft hat sich gegenüber der Vorwahl in ihren Präferenzen nur geringfügig verändert. Die Entscheidung aufgrund des Programmes gewinnt 7 Punkte hinzu und stellt für 54 Prozent der SPD-Wählerinnen und -Wähler ein wichtiges Wahlmotiv dar. 17 Prozent nennen die Kandidatin und 25 Prozent die langfristige Bindung. 62 Prozent unterstützen die Partei aus Überzeugung (Infratest dimap).

In der **Grünen**-Anhängerschaft hat das Programm mit Nennungen von 71 Prozent die größte Wirkung. Die Kandidatin hat für weitere 9 Prozent die Wahlentscheidung beeinflusst, 17 Prozent nennen ihre Bindung. Die Grünen-Wählerinnen und -Wähler unterstützen die Partei zu 78 Prozent aus Überzeugung. Dies ist gegenüber der Vorwahl ein Zuwachs von 15 Punkten (Infratest dimap).

Die **FDP**-Anhängerrinnen und -Anhänger nennen zu 65 Prozent das Programm als Wahlmotiv. Die Kandidatin wird von 15 Prozent und eine Parteibindung von 14 Prozent genannt. 50 Prozent der FDP-Wählerinnen und -Wähler unterstützen die Partei aus Enttäuschung. Dies ist ein Plus von 7 Punkten gegenüber der Vorwahl (Infratest dimap).

3. Sozialstruktur und Wählerwanderung⁵

Die **CDU** gewinnt aus allen Richtungen hinzu und kann trotz der leicht gesunkenen Wahlbeteiligung 37 Tsd. ehemalige Nichtwählerinnen und Nichtwähler für sich gewinnen. Der zweitgrößte Zuwachs kommt mit 16 Tsd. Stimmen von der AfD. Von der SPD kommen weitere 15 Tsd. Stimmen und 14 Tsd. ehemalige Wählerinnen und Wähler der Linken machen nun ihr Kreuz bei der CDU. Von den sonstigen Parteien kann die CDU 2 Tsd. und von den Grünen 1 Tsd. Stimmen gewinnen. Zwischen CDU und FDP halten sich Zu- und Abstrom die Waage.

Die CDU hat überdurchschnittlich unter älteren Wählerinnen und Wählern über 60 Jahren und damit zusammenhängend auch unter Rentnerinnen und Rentnern hinzugewonnen. Zusätzlich verzeichnet die CDU überdurchschnittliche Zuwächse bei Wählerinnen und Wählern mit mittlerem formalen Bildungsabschluss und unter Arbeitern. Bei Frauen schneidet die CDU besser ab als bei Männern.

Die **AfD** gewinnt lediglich von der Linken 2 Tsd. Wählerinnen und Wähler hinzu. In alle anderen Richtungen verliert die AfD. Die höchsten Verluste verzeichnet die AfD mit 16 Tsd. Stimmen an die CDU. An die FDP verliert sie 4 Tsd. Stimmen. Zusätzlich hat sie mit je 2 Tsd. Wählerinnen und Wählern leichte Verluste an die SPD, die sonstigen Parteien und das Nichtwählerlager.

Die AfD verliert überdurchschnittlich stark in der jüngsten Altersgruppe unter 24 Jahren (Infratest dimap) bzw. unter 30 Jahren (Forschungsgruppe Wahlen). Je nach Institut ist die AfD bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern knapp stärkste Partei vor der CDU oder knapp zweitstärkste Partei hinter der CDU. Bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern sind Grüne, FDP und die sonstigen Parteien deutlich überdurchschnittlich stark, weshalb CDU und AfD in dieser Altersgruppe beide unterdurchschnittlich abschneiden. Ihre besten Ergebnisse erzielt die AfD dagegen in den mittleren Altersgruppen. Zusätzlich schneidet die AfD bei Männern besser ab als bei Frauen.

Die **Linke** verliert in alle Richtungen, am stärksten mit 14 Tsd. Stimmen an die CDU. Zusätzlich bleiben 10 Tsd. ehemalige Wählerinnen und Wähler der Linken nun der Wahl fern. Hinzu kommen Verluste an die Grünen (-6 Tsd.), die FDP (-4 Tsd.), die sonstigen Parteien (-4 Tsd.), die SPD (-3 Tsd.) und die AfD (-2 Tsd.).

Die Linke verliert überdurchschnittlich unter älteren Wählerinnen und Wählern über 60 Jahren, also genau der Wählergruppe, in der die CDU überdurchschnittliche Zuwächse verzeichnet.

Die **SPD** kann von der Linken (+3 Tsd.) und der AfD (+2 Tsd.) geringfügig Wählerinnen und Wähler hinzugewinnen. Die größten Verluste verzeichnet die SPD an die CDU, für die 15 Tsd. ehemalige SPD-Wählerinnen und -Wähler stimmen. Auch an das Nichtwählerlager verliert die SPD 7 Tsd. Stimmen. Hinzu kommen geringe Verluste an die sonstigen Parteien (-2 Tsd.), die Grünen (-2 Tsd.) und die FDP (-1 Tsd.).

Die SPD verliert relativ gleichmäßig über alle sozialstrukturellen Gruppen verteilt.

Die **FDP** kann aus fast allen Lagern leicht hinzugewinnen. Von der AfD und der Linken gewinnt die FDP jeweils 4 Tsd. Stimmen. Weitere 2 Tsd. Stimmen kommen aus dem ehemaligen Nichtwählerlager. Zudem machen 1 Tsd. ehemalige Wählerinnen und Wähler der SPD nun ihr Kreuz bei der FDP. Zwischen FDP und CDU halten sich Zu- und Abstrom die Waage und an die sonstigen Parteien verliert die FDP leicht (-2 Tsd.).

Die FDP gewinnt bei den jüngeren Wählerinnen und Wählern, vor allem den jüngeren Männern überdurchschnittlich hinzu.

Die **Grünen** können vor allem ehemalige Wählerinnen und Wähler der Linken von sich überzeugen, von denen 6 Tsd. nun für die Grünen stimmen. Zusätzlich wechseln 2 Tsd. ehemalige Wählerinnen und Wähler der SPD zu den Grünen. Zwischen den Grünen und der AfD findet keinerlei Wähleraustausch statt und zwischen Grünen und FDP gleichen sich die sehr geringen Zu- und Abströme aus. An die sonstigen Parteien (-2 Tsd.), das Nichtwählerlager (-2 Tsd.) und die CDU (-1 Tsd.) verzeichnen die Grünen leichte Verluste.

Die Grünen verzeichnen überdurchschnittlich hohe Zuwächse unter den jüngeren Wählerinnen und Wählern und Personen mit hohem formalen Bildungsabschluss. In diesen Gruppen erzielen sie auch überdurchschnittliche Ergebnisse. Zusätzlich gewinnen sie überdurchschnittlich stark unter Arbeitslosen hinzu, bei denen ihr Ergebnis aber etwa im Schnitt liegt.

Die **sonstigen Parteien**, unter denen sich die Freien Wähler mit 3,1 Prozent der Stimmen befinden, haben lediglich an die CDU (-2 Tsd.) verloren, aus allen anderen Richtungen können sie Wählerinnen und Wähler hinzugewinnen. 4 Tsd. ehemalige Wählerinnen und Wähler der Linken entscheiden sich nun für eine der sonstigen Parteien. Von der AfD, der SPD, den Grünen, der FDP und ehemaligen Nichtwählerinnen und Nichtwählern wechseln jeweils 2 Tsd. Wählerinnen und Wähler zu den sonstigen Parteien.

-
- ¹ Wir danken herzlich der Forschungsgruppe Wahlen und Infratest dimap, die uns vorab die Ergebnisse der Wahltagsbefragung zur Verfügung stellten.
 - ² Weitere Grafiken und Tabellen sind in der gesonderten Publikation „Tabellenanhang“ zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt.
 - ³ Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt wählten 2011 und 2016 zeitnah, 2016 am gleichen Wahltag.
 - ⁴ Vgl. www.wahlrecht.de (abgerufen am 06.06.2021).
 - ⁵ Die Daten der Wählerwanderung beziehen sich ausschließlich auf Daten von Infratest dimap. Aufgrund von Abweichungen in den Ergebnissen von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen werden nur vergleichbare Ergebnisse berichtet.

Impressum

Die Autorinnen

Dr. Viola Neu ist stellvertretende Leiterin der Abteilung Analyse und Beratung und leitet die Wahl- und Sozialforschung in der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Dr. Sabine Pokorny ist Referentin für Wahl- und Sozialforschung in der Abteilung Analyse und Beratung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Viola Neu

Stellvertretende Leiterin Analyse und Beratung
Leiterin Wahl- und Sozialforschung

T +49 30 / 26 996-3506

viola.neu@kas.de

Dr. Sabine Pokorny

T +49 30 / 26 996-3554

sabine.pokorny@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 10907 Berlin

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., 2021, Berlin

Gestaltung: yellow too Pasiak Hortrich GbR

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>).